# KLARTEXT

Sozialistische Monatszeitung für
Rostock und den Landkreis Rostock

DIE LINKE.

Nr. 276 - 30. Jahrgang
NOVEMBER 2022
Spendenbeitrag 50 Cent


# WAHLKAMPFENDSPURT

**Der Volkstrauertag am 13. November kann für die LINKE zu einem Tag der Freude werden.** Vieles – u.a. auch eine aktuelle Umfrage der Ostsee-Zeitung – spricht dafür, dass unsere OB-Kandidatin Eva-Maria Kröger mit einem starken Ergebnis in die Stichwahl (27.11.) einziehen wird.

Eva kann im Wahlkampf auf breite Unterstützung aus der Parteibasis zählen. Das haben die ersten Wochen bereits bewiesen. Stark ist die Motivation und ganz offensichtlich auch der Glaube, dass wir diese Wahl gewinnen können. Ob beim Haustürwahlkampf, bei Stadtteilspaziergängen, beim Verteilen von Kaffee usw. - es gibt einen breiten Kreis aktiver Unterstützer*innen. Wir haben für Euch noch einmal alle Termine aufgelistet (Seite 4), vielleicht schaut Ihr mal vorbei.

Stärkster Konkurrent dürfte der CDU-FDP-Kandidat Michael Ebert sein. Zur Erinnerung: Auch Claus Ruhe Madsen war Kandidat von CDU und FDP. Was daraus wurde ist bekannt. CDU und FDP versuchen Ebert den Wähler*innen als Kandidaten der politischen Mitte zu verkaufen. Lachhaft. Ebert selbst behauptete von sich im OZ-Forum, es gebe in Rostock niemand, der sich so wie er für Demokratie und Toleranz eingesetzt habe. Frech. Geschickt präsentiert sich Ebert nun aber auch als Kandidat der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, dessen Wahlplakate Opfer von Vandalismus werden. Die Wähler*innen sollten jedoch wissen, dass am 13.11. nicht der oberste Polizist der Stadt gewählt wird, sondern das Haupt der Verwaltung, auf den ein Berg unerledigter Aufgaben wartet. Ohne langjährige kommunalpolitische Erfahrung wird jede/r OB an dieser Herausforderung brutal scheitern.

**Unsere Kandidatin hat also allerbeste Voraussetzungen.**

Auf Seite 3 findet Ihr zentrale Aussagen aus Evas Wahlprogramm. Gerne weitersagen!

*Carsten Penzlin*

## In dieser Ausgabe


Seite 2: Bildungspolitik
Seite 3/4: OB-Wahl
Seite 5: Europapolitik
Seite 5: Volkssolidarität
Seite 6/7: Aus dem Bundestag
Seite 7: AG Senioren
Seite 8/9: Aus der Bürgerschaft
Seite 10/11: Strategiedebatte
Seite 11: Termine / Lyrik
Seite 12: Aktuelles

# EDITORIAL

**Liebe Leserinnen und Leser,**
während ich diese Zeilen schreibe, hat sich die Oktobersonne gegen den zähen Nebel durchgesetzt und lacht über unserer schönen Stadt Rostock. Wer mag da noch an die zahllosen Probleme denken, die über uns hereingebrochen sind in den vergangenen Jahren und Monaten. Lasst uns einen Moment innehalten und an die schönen Dinge im Leben denken.
Zum Beispiel an die Rostocker OB-Wahl. Das kann was werden. Mag das Interesse an der Wahl in der Stadt noch gering sein, wir haben es selber in der Hand, dies zu ändern. Durch Gespräche in unseren Familien, im Freundes- und Bekanntenkreis, im Verein, etc. Hat nicht ein Politikwissenschaftler neulich mit Blick auf die Wahl gemeint, DIE LINKE könne ihre Stammwähler immer noch am besten mobilisieren? Machen wir ihn glücklich und beweisen seine Theorie!
Vielen Dank an unsere fleißigen Autor*innen. Der nächste KLARTEXT erscheint Anfang Dezember. Hoffentlich mit guten Nachrichten!
**Viel Vergnügen beim Lesen wünscht Euch die Redaktion.** *C. Penzlin*

## AKTUELLES

### Vieles richtig. Aber viel „soll“.

Zu den Ergebnissen der Ministerpräsidentenkonferenz erklären die Landesvorsitzenden der Partei DIE LINKE. M-V, Vanessa Müller und Peter Ritter:
Die Ministerpräsident:innen sind mit den Vorschlägen der Bundesregierung offenbar immer noch unzufrieden und raten der Ampel ab, sich den von der Expertenkommission vorgeschlagenen Ablauf zur Gaspreisbremse zu eigen zu machen. Dem können wir uns nur anschließen, fragen aber, was seit Vorstellung dieser Pläne und der anhaltenden Kritik daran, passiert ist. Offenbar nicht viel. Heute nun wird gefordert, dass die Gaspreisbremse vorgezogen werden SOLL. Die Strompreisbremse SOLL ab 1. Januar wirken. Der Ölpreis SOLL ebenfalls gedeckelt werden. Der Hilfsfonds SOLL auch für soziale Dienstleister schnellstmöglich umgesetzt werden. Die Gaspreisbremse SOLL auch für öffentliche Gebäude gelten. Viele richtige Forderungen, aber viel „SOLL“. Entscheidungen SOLLEN erst am 2. November getroffen werden. Ob die Forderungen der Ministerpräsident:innen dann bei der Bundesregierung Gehör finden, ist offen. Man darf gespannt sein, welche Farbe in der Ampel sich durchsetzt. Eins bleibt: Die Unsicherheit bei Bürger:innen, Kommunen und Unternehmen. Ein unhaltbarer Zustand.

## AKTUELLES

### Schritte für mehr Qualität in den Kitas umgesetzt, weitere folgen

*Zu den Ergebnissen der aktuellen Studie der Bertelsmann Stiftung zur frühkindlichen Bildung erklärt Jeannine Rösler:*
„Die Studie zeigt, dass Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen die einzigen Bundesländer sind, die ausreichend Kita-Plätze vorhalten. Wir werden unseren Standard diesbezüglich beibehalten – auch als Vorbild für andere Bundesländer. Bundesweit werden im kommenden Jahr etwa 384 000 Kita-Plätze fehlen.
Selbstverständlich nehmen wir die Kritik an der Qualität in der Kindertagesförderung ernst. Meine Fraktion hat in den zurückliegenden Jahren immer wieder darauf hingewiesen und darauf gedrängt, dass die Personalsituation in den Einrichtungen verbessert werden muss. Deshalb sind die Themen rund um die Kita auch herausragender Bestandteil des rot-roten Koalitionsvertrages.
Der kostenlose Ferienhort ist bereits Realität, und die Fachkräfteoffensive nimmt an Fahrt auf. Die Vergütungen sind deutlich attraktiver geworden. In absehbarer Zeit werden die Auszubildenden der ‚Staatlich anerkannten Erzieherin/des Staatlich anerkannten Erziehers für 0-bis 10-Jährige‘ nicht länger auf den Fachkräfteschlüssel angerechnet, was zusätzliche Einstellungen ermöglicht. In den nun folgenden Schritten wird ein landesweiter Mindestpersonalschlüssel eingeführt und die Fachkraft-Kind-Relation in den Kindergärten verbessert. All das sind überfällige deutliche Qualitätsverbesserungen – für die Arbeit der Erzieherinnen und Erzieher sowie vor allem für eine gute Betreuung und Erziehung der Kleinsten in unserer Gesellschaft.“

# OB-WAHL IN ROSTOCK

„Rostock, wir kümmern uns! – Eva-Maria Kröger. Gut für die Stadt“

**Auszüge aus dem Wahlprogramm (komplett unter www.dielinke-rostock.de)**

Die Einwohner*innen unserer Stadt haben Vertrauen verloren. Vertrauen in die Politik und Vertrauen in die Verwaltung. Eine Krise jagt die nächste, wir kommen nicht zur Ruhe. Aktuell reden wir vor allem darüber, wie wir sicher und solidarisch durch den Winter kommen. Wir als DIE LINKE kümmern uns um eine stabile Versorgung, den Schutz der Einrichtungen der Daseinsvorsorge und darum, dass niemand frieren muss!
Unsere Oberbürgermeisterkandidatin Eva-Maria Kröger macht seit 13 Jahren Kommunalpolitik als Vorsitzende der größten Fraktion in der Bürgerschaft. Seit 6 Jahren streitet sie für die Interessen der Stadt als Mitglied des Landtages in Schwerin. Sie ist Rostockerin durch und durch, sie ist hier fest verankert.

Wir finden: Das Rathaus ist kein Ort, um sich mal auszuprobieren oder ständig neue fixe Ideen zu entwickeln. Das Oberhaupt der Verwaltung soll verlässlich sein, es soll Zusagen einhalten und vor allem endlich umsetzen, was lange versprochen und beschlossen ist. Rostock braucht eine Oberbürgermeisterin, die das verloren gegangene Vertrauen zurückgewinnen kann, die sich kümmert, die pragmatisch, verbindend und verbindlich ist. Eva-Maria Kröger kann diese Person sein. Sie ist gut für die Stadt!

Grundlage für eine handlungsfähige Stadt und eine vertrauenswürdige Stadtpolitik ist eine gute Beziehung zwischen Bürgermeisterin und Bürgerschaft. Eva-Maria Kröger leistet seit vielen Jahren als Fraktionsvorsitzende verlässliche und gute Arbeit in der Kommunalpolitik. Dabei lebt sie immer den Anspruch des guten und partnerschaftlichen Miteinanders mit allen demokratischen Akteuren – innerhalb der Partei, in der Bürgerschaft, im Landtag und in Zukunft auch als Ihre Oberbürgermeisterin!

**Von Club bis Theater – Kultur fördern und vernetzen!**
Mit Eva-Maria Kröger hätten alle Kulturschaffenden endlich eine Oberbürgermeisterin und Partnerin im Rathaus, die Kultur zur Chefsache macht. Wir werden einen Kulturpakt zwischen Oberbürgermeisterin, Bürgerschaft und Kulturschaffenden schmieden. Dieser Kulturpakt wird verbindliche kulturpolitische Ziele für die kommenden Jahre setzen. Der Theaterneubau als auch das Landesarchäologiemuseum sind für uns wichtige Bausteine der Stadtentwicklung, die wir mit Nachdruck vorantreiben wollen. Wir möchten kulturelle Angebote im Nordwesten und Nordosten schaffen und stärken, um so die Attraktivität der Stadtteile zu erhöhen.

**Rostock nachhaltig entwickeln – gemeinsam wachsen!**
Rostock wächst und das ist gut so. Wachstum braucht Flächen, auf denen es stattfinden kann, damit hier weiterhin geforscht, entwickelt, gewirtschaftet und Kultur betrieben wird. Wir sind weiterhin der Meinung, dass Flächen möglichst in öffentlicher Hand sein sollten. So können wir demokratisch darüber bestimmen und kontrollieren, was dort geschieht. Wir sind ebenfalls der Meinung, dass Kleingärten nur in begründeten Ausnahmefällen herangezogen werden sollten, um dort Platz für Wohnungen oder Ansiedlungen von Unternehmen zu ermöglichen.
Ganz zentraler Baustein für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Stadt wird die Hafenerweiterung sein. Wir stehen hinter diesem Vorhaben, entstehen an dieser Stelle doch hochwertige und gutbezahlte Industriearbeitsplätze sowie Ansiedlungen im Bereich des grünen und blauen Wasserstoffs, den wir für die Transformation der Energiewirtschaft dringend benötigen. Allerdings sind bei der Erschließung des Geländes besonders schützenswerte Biotope, wie etwa Moore, zu beachten und zu erhalten.
Perspektivisch wünschen wir uns einen entgeltfreien Nahverkehr. Das kostenlose Schülerticket stellte hierbei einen ersten, wichtigen Schritt dar. Es wird wichtig sein, die Möglichkeiten auszuloten ähnliche Angebote auf andere Personengruppen auszuweiten. Die Klimaneutralität bis 2035 ist bereits in der Bürgerschaft beschlossen worden. Jetzt gilt es, diesen Beschluss mit Leben zu füllen. Die Stadt sowie die städtischen Unternehmen müssen konkrete Maßnahmenpläne erarbeiten, die umzusetzen sind. Uns ist es wichtig, dass dies sozial ausgewogen erfolgt und die Lasten dieser Transformation fair verteilt werden.
*Fortsetzung auf S. 4*

*Straßenwahlkampf in Lütten Klein*

# EVAS WAHLPROGRAMM

*Fortsetzung von S. 3*

**Im Kleinen wie im Großen – die ganze Stadt im Blick!**
An kaum einem anderen Ort entscheiden die soziale Herkunft und der Geldbeutel so sehr darüber, in welchem Stadtteil man wohnt, wie hier bei uns. Das möchten wir überwinden. Dazu reicht es aber nicht, Sozialwohnungen im Zentrum zu errichten und Blöcke mit höherpreisigem Wohnen in den Stadtteilen zu bauen. Menschen müssen nicht nur im selben Stadtteil leben, sondern sie müssen sich auch begegnen: im Treppenaufgang, in Parks, in der Schule, beim Sport oder beim Einkaufen. Dazu ist es notwendig, die Aufenthaltsqualität in den Stadtteilen zu erhöhen.

**Ein starkes Fundament für gute Bildung – für die Kinder unserer Stadt!**
Allen Kindern von Anfang an beste Bedingungen zu ermöglichen, ist und bleibt Richtschnur unseres Handelns. Wir werden uns dafür einsetzen, dass ausreichend wohn- oder arbeitsortnahe Plätze in Krippen, Kitas und Horten geschaffen werden. Daher wollen wir auch den Bau eines neuen Hortgebäudes in Schmarl zügig vorantreiben.
Eine vielfältige Schullandschaft ist uns wichtig. Unser Anspruch ist, das Angebot an und in den öffentlichen Schulen zu verbessern. Wir wollen dafür sorgen, dass unsere Schulen besser mit Lehrbüchern und anderen Unterrichtsmaterialien ausgestattet sind.
Die Ansichten von Kindern und Jugendlichen müssen mehr gehört und respektiert werden. Das gilt bei der Mitgestaltung der Schulessensräume genauso wie bei der Neugestaltung von Spielplätzen. Deswegen wollen wir unter anderem die Schaffung eines Kinder- und Jugendbeirates bzw. -parlaments und die Benennung eines Kinderbeauftragten bzw. einer Kinderbeauftragten intensiv prüfen.

**Von Breiten- bis zum Spitzensport – auf die Plätze, fertig, los!**
Rostock ist eine sportbegeisterte Stadt mit langer Tradition, hier ist mehr als jede*r Vierte in einem von fast 200 Vereinen organisiert. Das ist großartig und stellt die Stadt gleichzeitig vor die große Herausforderung, attraktive und bezahlbare Sportstätten in ausreichender Anzahl und Spezialisierung zur Verfügung zu stellen. Wir wollen den Neubau einer kombinierten Schwimm- und Eishalle im Nordwesten möglichst aus eigener Kraft weiter vorantreiben.

## TERMINE

**Stadtteilspaziergänge:**

27.10. 15 Uhr in der Südstadt, Treffpunkt Südstadtcenter (vor Bäckerei Sparre); 02.11. 15 Uhr in Markgrafenheide, Treffpunkt Heidehaus; 07.11. 15 Uhr in Dierkow, Hans-Meyer-Platz (vor Bäckerei Sparre); 10.11. 15 Uhr in Groß Klein, Treffpunkt Klenow Tor

26. Oktober 2022 17:00 - 19:00 Uhr
**Podiumsdiskussion von LAURA - FrauenBündnis zur Rostocker OB-Wahl 2022**
Die Veranstaltung findet im Peter-Weiss-Haus, Möckelsaal, Doberaner Str. 21, 18057 Rostock statt.

28. Oktober 2022 17:00 - 19:00 Uhr
**Podiumsdiskussion Asta der Uni Rostock**
Die Veranstaltung findet im Audimax der Rostocker Universität statt.

1. November 2022 17:00 - 19:00 Uhr
**DGB Wahlarena zur OB Wahl**
Die Veranstaltung findet am 01.11.2022 im Rathaus Rostock statt.

2. November 2022 17:00 - 18:30 Uhr
**Podiumsdiskussion SBZ Schmarl (ASB)**
Die Veranstaltung findet im Christlichen Zentrum; Am Schmarler Bach 2 statt.

2. November 2022 19:00 - 21:00 Uhr
**Podiumsdiskussion „Kultur in Rostock“**
Veranstaltungsort ist die Bühne 602 im Stadthafen.

3. November 2022 17:00 - 19:00 Uhr
**Podiumsrunde rund um das Thema „Wissenschaft in Rostock“**
Die Veranstaltung findet im Hörsaal des Max-Planck-Instituts für demografische Forschung, Konrad-Zuse-Straße 1, 18057 Rostock statt.

8. November 2022 16:00 - 19:00 Uhr
**Podiumsdiskussion „Mehr Bio aus der Region für Kitas, Schulen und Betriebskantinen“**
Die Veranstaltung findet im Bürgerschaftssaal des Rostocker Rathauses statt.

*Eva in Toitenwinkel*

*Wahlkampf vor der Mensa*

*Eva bei Fridays for Future*

# WIE GEHT ES WEITER MIT EUROPA?

Das „kommunalpolitische forum Land Mecklenburg-Vorpommern e.V.“ – Außenstelle Landkreis Rostock lud zu einer Diskussionsveranstaltung mit MdEP Helmut Scholz ein. Das Thema an diesem Tag, im bis auf den letzten Platz voll besetzten Raum des Ehm-Welk-Hauses in Bad Doberan: **Krieg auf dem europäischen Kontinent, Inflation, Energiekrise, Pandemie, Klimawandel, Rechtsruck in vielen Mitgliedstaaten - wie kann die Europäische Union antworten?**

Helmut Scholz ist seit 2009 für DIE LINKE Mitglied des Europaparlaments. Nach seiner einleitenden Beschreibung der Arbeitsweise in Brüssel und Straßburg hatten die anwesenden Gäste Gelegenheit ihre Fragen an den Europaabgeordneten zu richten. Natürlich war der Krieg in der Ukraine das Hauptthema. Auf die Frage nach dem Stand des Antrags der Ukraine zur Aufnahme in die Europäische Union und die NATO erklärte Helmut, dass der Antrag zur Aufnahme in die EU durch die Ukraine gestellt wurde und sich jetzt zunächst einmal die Ausschüsse mit diesem Thema befassen. Die Entscheidung darüber steht noch aus. Über die Aufnahme in die NATO werde auf europäischer Ebene nicht entschieden. Die Aufnahme in die NATO sei derzeit wesentlich komplizierter bis unmöglich. Viele Ergänzungen zu der umfangreichen Arbeit sind auf der Webseite von Helmut Scholz unter www.helmutscholz.eu nachzulesen.

*Peter Georgi*
*Geschäftsführer „kommunalpolitisches forum Land Mecklenburg-Vorpommern e.V.“*

## Volkssolidarität - gestern und heute

Die Menschen in der BRD wie auch in Rostock begegnen vielen Herausforderungen, die auch die Sozial- und Wohlfahrtsorganisationen betreffen. Die Volkssolidarität stellt sich diesen Problemen und will mit ihrem Mitgliederverband und den sozialwirtschaftlichen Dienstleistungen aber auch der sozialpolitischen Interessenvertretung einen Beitrag gegen gesellschaftliche Armut, gegen Vereinsamung vor allem der älteren Menschen und für solidarisches Handeln leisten. So schreibt es uns unsere Satzung vor.

Wir sind auf einem guten Weg, diese Anforderungen zu meistern. Der Kreisverband Mecklenburg-Mitte mit Güstrow, Teterow, Bützow und Sternberg und weiteren dörflichen Strukturen sowie der Kreisverband Rostock-Stadt haben mit Wirkung zum 1. Januar dieses Jahres beschlossen, ihre Kräfte zu bündeln und als gemeinsamer Verband über eine „Verschmelzung“ beider Verbände künftig zu wirken. Der neue Verband wird den Namen „Volkssolidarität Regionalverband Rostock e.V.“ tragen. Wir haben somit rund 4.300 Mitglieder und fast 1050 hauptamtliche Beschäftigte.

Mit 55,6 Mio. Euro Jahresumsatz beider Verbände sind wir sehr wirtschaftsstark und können somit durch Bündelung unserer Kräfte auch in den kommenden Jahren wirtschaftlich extensiv agieren. Immerhin sind wir einer der größten Arbeitgeber in der Region. Wir erwarten auch Synergieeffekte in der Leitung und Verwaltung der sozialwirtschaftlichen Prozesse. Unsere Investitionsmöglichkeiten sind gewachsen mit ersten Ergebnissen. So haben wir eine Betreuten-Wohnanlage mit 30 Wohneinheiten in Krakow am See kaufen können. Anfang des Jahres 2023 werden wir neue Kindertagesstätten in Rostock-Reutershagen und in Warnemünde in Betrieb nehmen. Hier wird es eine erhebliche Kapazitätserweiterung zu den bisherigen alten Einrichtungen geben.

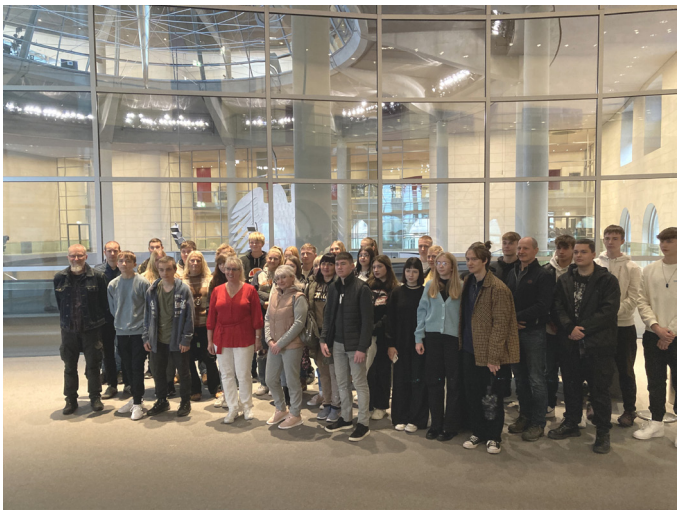
Für den Mitgliederverband steht nun die Aufgabe, alle Mitglieder, auch die in dörflichen Strukturen wohnenden, in unser sozio-kulturelles Leben zu integrieren. Das betrifft vor allen die vom Rostocker Kulturbeirat und unserem Mitgliederbüro in Rostock in der Langen Straße organisierten zentralen Veranstaltungen, die in einem halbjährlichen Flyer angeboten werden.

Auch das Mitgliederleben in den Ortsgruppen wurde nach der „Auszeit“ bedingt durch die Coronaeinschränkungen wieder aktiviert. So bietet die Ortsgruppe von Margrit Kloß in Lütten-Klein im II. Halbjahr rund 20 Veranstaltungen an. Auch in der Integration von Flüchtlingen sind wir aktiv. Der Ortsgruppenvorsitzende Heinz Melzer gestaltete mit Syrern eine „kulturelle und kulinarische Weltreise“. Ein Syrer wurde Mitglied der Volkssolidarität. Zu bemerken ist auch, dass wir in diesem Jahr im Bereich Rostock mehr neue Mitglieder aufgenommen haben als ausgeschieden sind. Das ist positiv gegenüber dem Trend der letzten Jahre.

*Rainer Penzlin, Aufsichtsrat VS Regionalverband Rostock*

# INA LATENDORF ÜBER BÜRGERNAHE ARBEIT EINER POLITIKERIN

Am 26. Oktober 2021 trat der Bundestag in der 20. Wahlperiode das erste Mal zusammen und ich mittendrin. Mittlerweile ist dies ein Jahr her - unglaublich. Neben viel Arbeit in Berlin und im Wahlkreis gab es auch viele Höhepunkte. Hierzu gehören ganz klar die Besuche aus Mecklenburg-Vorpommern. Gruppen von Schülerinnen und Schülern, Genossinnen und Genossen oder interessierten Bürgerinnen und Bürgern folgten meiner Einladung, sich die Bundespolitik einmal von Nahem anzuschauen. Die Zeit reicht selten, um alle Fragen zu beantworten. Sie gehen querbeet durch alle Themen. Teenies interessierten sich für die Panzerung der Fahrzeuge der Regierung, aber meist zeigten die Fragen, wo politische Themen den Alltag berühren. Hier ein kleiner Eindruck:



**Frage eines Schülers: Was ist los mit dem öffentlichen Nahverkehr? Ich kann nur mit dem Moped zur Schule fahren, weil von meinem Dorf aus kein Bus fährt.**

I: Du hast völlig Recht, wenn Du den aktuellen Stand beim Öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) kritisierst. Gerade bei uns im ländlichen Raum ist hier noch viel zu tun – ohne bessere Verbindungen des ÖPNV. Da hilft auch kein 9€-Ticket. In Ludwigslust-Parchim funktioniert das System Rufbus schon relativ gut und wurde ja auch mit einem Preis ausgezeichnet, aber auch da gibt es noch viele Verbesserungsmöglichkeiten. Die Busanbindung darf nicht an der Kreisgrenze enden. Zurzeit verhandelt man über einen Verkehrsverbund, aber das müsste viel schneller gehen.
Und für mich spielt auch die Bahn eine entscheidende Rolle. Alte und stillgelegte Strecken müssen reaktiviert werden. Ich denke da an die Südbahn oder die sogenannte Kaiserbahn Hagenow-Zarrentin (-bis Mölln). Für die Schienen ist der Bund verantwortlich, also eine Aufgabe für die Bundespolitik. Hierfür setzen wir uns im Verkehrsausschuss ein.

**Frage einer Schülerin: Die Lebensmittel werden immer teurer, warum eigentlich? Und was macht die Politik dagegen?**

I: Preise entstehen in unserem System am Markt, zum Teil an der Börse. Also nicht nur Angebot und Nachfrage machen den Preis. Der Lebensmittelmarkt wird in Deutschland von 4 großen Handelskonzernen dominiert: Rewe, ALDI und Co. Bei ihnen bleibt am meisten Profit hängen. Diese Handelskonzerne haben so große Macht, dass sie den Erzeugern, also die Landwirtinnen und Landwirte, häufig die Preise diktieren können, weil sie sonst die Ware nicht loswerden. Gleichzeitig fordern sie von Verbraucherinnen und Verbrauchern beim Einkauf mehr. Während also die Produzenten immer schlechter von ihrer Arbeit leben können, Verbraucherinnen und Verbraucher immer mehr zahlen, macht der Handel immer größere Gewinne. Kostensteigerungen werden zu beiden Seiten abgedrückt. Zum Beispiel Herr Schwarz, der Inhaber des Lidl-Konzerns, hat allein im Jahr 2021 sein Privatvermögen um 14 Mrd. € vermehrt – das ist doppelt so viel wie das Bundeslandwirtschaftsministerium in diesem Jahr zur Verfügung hat. Diese Verteilung ist ungerecht. Wir LINKE fordern, hier eine wirksame Aufsicht zu schaffen und die Marktmacht der großen Konzerne zu brechen. Notwendig sind spürbare und sofortige Entlastungen. Ich habe mit Kollegen dazu einen Antrag in den Bundestag eingebracht, eine Preiskontrolle einzuführen und die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel auf 0% zu senken.

**Folgefrage der Schülerin: Und warum passiert trotzdem nichts und alles wird noch teurer?**

I: Weil die Bundesregierung aus SPD, Grünen und FDP offensichtlich nicht handeln will. Politisch könnte man sehr viel anders machen. Das einzig Notwendige dafür ist politischer Wille. Wir, DIE LINKE, haben den – die Ampel offenbar nicht. Unser Antrag wurde von den anderen Parteien abgelehnt.

**Häufig geäußerte Meinung: Energie wird immer teurer, das kann doch so nicht weitergehen!**

I: Ja, das stimmt. Auch hier verdienen sich einige Konzerne dumm und dusslig, während viele dafür zahlen und sich immer mehr Sorgen machen. DIE LINKE. Bundestagsfraktion fordert daher schon lange eine Übergewinnsteuer. Die großen Ölkonzerne haben ihren Gewinn in den letzten Jahren teilweise um 300% gesteigert. Aber auch andere Konzerne profitieren von der aktuellen Krise, zum Beispiel Hapag-Lloyd, der Logistikkonzern, weil die Preise für Schiffscontainer durch die Coronakrise so durch die Decke gehen. Bei den Konzernen müssen wir das Geld (den Übergewinn) einsammeln, das viele Menschen erarbeitet haben. An einer Gesellschaft sollten sich alle gerecht beteiligen. Starke Schultern müssen im Vergleich eben genau so viel zum gesellschaftlichen Wohlstand beitragen wie kleinere Einkommen.

**Frage einer Schülerin: In der Landwirtschaft werden ja immer noch viele Pflanzenschutzmittel eingesetzt. Die sind doch aber oft auch gefährlich. Was macht Politik da?**

I: ich gebe Dir Recht, einige Pflanzenschutzmittel sind gefährlich, zum Beispiel Glyphosat. Das soll ja auch verboten werden. Bei anderen Mitteln geht es vielfach um das Wie-viel? Das soll heißen, die Menge macht's. Und da gibt es gerade in MV wirklich spannende Forschung, so zum Beispiel an der Hochschule in Stralsund. Dort wird erforscht, wie man sozusagen pflanzengenau den Bedarf ermitteln kann. Das würde den Gesamteinsatz von Pflanzenschutzmitteln und Dünger enorm reduzieren und die Landwirte hätten dennoch gute Erträge.
Wie überall ist auch in der Landwirtschaft vieles ein Dilemma: Der Schutz vor Bodenerosion steht etwa im Widerspruch zur mechanischen Bodenbearbeitung. Diese wiederum ist eine Grundvoraussetzung für eine Landwirtschaft mit weniger Einsatz

von Pflanzenschutzmitteln. Anders gesagt: Auch mithilfe von Pflanzenschutzmitteln und weniger mechanischer Bodenbearbeitung lassen sich Humus aufbauen und CO2 im Boden einspeichern. Das gesunde Maß ist entscheidend.

**Frage eines Schülers: In anderen Ländern werden an Schulen viel mehr Fremdsprachen unterrichtet. Warum geht das bei uns nicht?**
I: Ich bin leider keine Bildungspolitikerin. In Deutschland gibt es ja den sogenannten Bildungsföderalismus. Das heißt, jedes Bundesland hat seine eigenen Regeln und Lehrpläne. Wenn Du mich nach meiner persönlichen Meinung fragst, dann würde ich mir hier weniger Kleinstaaterei wünschen. Dann könnte in ganz Deutschland ein viel vergleichbarerer Bildungsstandard herrschen. Außerdem könnte der Bund sich auch finanziell viel stärker einbringen und die Länder finanziell entlasten, auch für Fremdsprachen.

**Häufig gestellte Frage: Macht Opposition Sinn, wenn alles abgelehnt wird?**
I: Opposition ist zugegebenermaßen zum Teil frustrierend, aber ebenso wichtig. Wir machen deutlich, welche anderen Wege und Lösungen es für die Fragen unserer Zeit gibt. Der Blick aus der Perspektive der Menschen ist uns wichtig. Daher versuche ich, wenn ich nicht in Berlin bin, mit möglichst vielen Menschen im M-V zu sprechen. Mit unserer Kritik zwingen wir die Regierung, ihr Handeln zu hinterfragen. Und nicht selten kommen Vorschläge, die von uns abgelehnt wurden, plötzlich unter anderer Überschrift wieder auf die Tagesordnung und werden angenommen – so wie beim Mindestlohn, bei der Energiepauschale für Rentner, die man vergessen hatte oder jetzt beim Energiepreisdeckel. Das ist dann schon ein Erfolg, auch wenn dies leider nicht so erkennbar ist.

# 9-EURO-TICKET MUSS FÜR ALLE BEZAHLBAR SEIN

Anlässlich der Beratung der Verkehrsminister über eine Nachfolgeregelung zum 9-Euro-Ticket sagt Janine Wissler, Vorsitzende der Partei DIE LINKE:
„Die Nachfolge für das 9-Euro-Ticket muss für alle bezahlbar sein. Der Preis für ein bundesweit gültiges Nahverkehrsticket darf auf keinen Fall über dem dafür vorgesehenen Betrag beim Hartz-IV-Regelsatz liegen.
Ein 49-Euro-Ticket wäre mehr als fünfmal so teuer wie das 9-Euro-Ticket und damit keine akzeptable und für alle bezahlbare Anschlussregelung. Das Ticket muss deutlich günstiger sein und mit dem Ziel verbunden, perspektivisch mit kostenfreiem Nahverkehr möglichst viele Fahrten auf Bus und Bahn zu verlagern. Dazu müssen wir den Nahverkehr Schritt um Schritt besser und vor allem auch besser nutzbar machen.
Die drei Monate 9-Euro-Ticket haben bewiesen, dass der Bedarf für günstige, bundesweite, klimafreundliche Mobilität riesig ist. Dafür muss auch das Verkehrsnetz ausgebaut und mehr Personal eingestellt werden. Alleine mit der Reaktivierung von Bahnstrecken könnten rund drei Millionen Menschen im ländlichen Raum schnell und kostengünstig wieder an das Nahverkehrsnetz angeschlossen werden. Zudem müssen die bürokratischen Hürden gesenkt und die finanziellen Mittel bereitgestellt werden. Dafür sollten klimaschädliche Subventionen abgebaut werden.“

## SENIORENPOLITIK

# AUS DER AG SENIOREN

Die Landesarbeitsgruppe „Senioren“ unserer Partei hat in ihrer Beratung im September vielfältige Diskussionen zur jetzigen „bewegten“ Zeit geführt.
Acht Genossen nahmen an der Beratung teil, einige Genossinnen und Genossen waren erkrankt. Wir werden auch älter und sollten uns um Nachwuchs kümmern.
Viele Themen bewegen uns. So haben wir darüber diskutiert, was sind die Ursachen, dass unsere Partei bei den letzten Bundestagswahlen unter die 5 % -Marke gerutscht ist. So gibt es eine gewisse Unzufriedenheit zum Auftreten der Genossin Wagenknecht, die Partei ist von einer gewissen „Zerrissenheit“ geprägt. So nehmen es auch unsere potentiellen Wähler wahr. Es ist jedoch gut, vielfältige Meinungen zu diskutieren. Aber „Differenzen“ sollten nicht überbetont werden. Ein „Aufbauschen“ von unterschiedlichen Auffassungen ist ein verantwortungsloses Handeln und schadet unsere Partei. Aber immerhin sind wir die einzige Partei, die die „Systemfrage“ stellt.
Wir brauchen auch mehr Präsenz an der Basis. Das betrifft die Teilnahme an Demonstrationen mit sozialem Inhalt, eine Zusammenarbeit mit den „Friedensbewegungen“ und den Gewerkschaften. Es ist aber auch das persönliche Agieren eines Genossen im Wohngebiet, mit den Nachbarn oder am Arbeitsplatz.
Die Genossinnen und Genossen der Landesarbeitsgemeinschaft haben eine jahrzehntelange politische Erfahrung, haben verschiedene Gesellschaftssysteme kennengelernt und verfügen vielleicht auch über etwas „Altersweisheit“. Wir wollen uns bewusst in die Grundsatzdiskussionen einbringen und unsere Ideen und Erfahrungen offerieren.
Klaus Röber informierte über ein Bundestreffen der Bundesarbeitsgemeinschaft Senioren. Unter anderem hatte er auch Gespräche mit Spitzenpolitikern unserer Partei, um sich über die Strategie und Taktik der Parteiführung zu informieren.
*Rainer Penzlin*

# BERICHT VON DER BÜRGERSCHAFTSSITZUNG AM 28.9.

**Am Mittwoch den 28. September traf sich die Rostocker Bürgerschaft wieder im Bürgerschaftssaal des Rostocker Rathauses. Präsidentin Regine Lück begrüßte die anwesenden Bürgerschaftsmitglieder.**

Zuallererst wählte die Bürgerschaft für die kommende OB-Wahl Dirk Zierau zum Gemeindewahlleiter und Stefan Lötsch zu seinem Stellvertreter.

Der Ortsbeirat Gartenstadt / Stadtweide brachte sein Anliegen über den geplanten Radschnellweg von Rostock Hauptbahnhof bis Warnemünde, welcher durch den Abschnitt „Brauhaus Trotzenburg“ bis zum Groß-Schwaßer-Weg führen soll. Stephan Weinges sprach für den Ortsbeirat und monierte, dass für die von der Verwaltung angebotene Route knapp 600 Bäume zu fällen sind und 6000m² an Bodenversiegelung stattfindet.

Eine weitere Kritik des Ortsbeirates erklärte sich an der Ausschließung bei der Ausarbeitung des Radfahrkonzeptes vom zuständigen Amt für Mobilität. Das Anliegen der Rede fand in der Bürgerschaft Gehör und wurde von beteiligten Mitgliedern rege diskutiert. Steffen Bockhahn, als einzig vertretener Senator und damit stellvertretender Bürgermeister, stellte aber sachlich klar, dass Ortsbeiräte Beteiligungsorgane und keine Entscheidungsorgane sind. Und er fügte an, dass Ortsbeiräte für ihn selbst und die Ämter wichtig sind, aber von der rechtlichen Ausstattung nicht die Befugnisse haben, welche sie hier gerade einfordern. Die Verwaltung ist zwar stets bemüht, die Anliegen der Bürger und der Ortsbeiräte mit in ihre Planung aufzunehmen. Doch auch da gibt es Grenzen. Es gelingt mal besser, mal weniger gut.

Die Bürgerschaft habe der Stadt per Beschluss einen Auftrag übergeben ein Radschnellwegenetz entsprechend der Bundesförderungsprogramme auf den Weg zu bringen und umzusetzen. Und da, so Bockhahn weiter, sind Parameter festgelegt.

Am Ende der Diskussion wurde per Abstimmung beschlossen, dass keine weiteren Schritte unternommen werden sollen, bis es einen gemeinsamen Beschluss über die Routenführung gibt.

Nächster Punkt der Tagesordnung war die Änderung des Bebauungsplanes für Warnemünde. Die ursprüngliche Bebauungssatzung stammt aus dem Jahr 1993. Nach 25 Jahren wird eine Anpassung an aktuelle Anforderungen von der Verwaltung als sinnvoll betrachtet. Der neue Beschluss stellt nun sicher, dass im historischen Kern von Warnemünde in von der Stadt ausgewiesenen Bereichen nur noch Wohnungen und keine Ferienwohnungen entstehen dürfen. Diese Entscheidung schützt Warnemünde vor der Umwandlung des historischen Kerns und stellt sicher, dass das historisch gewachsene Erscheinungsbild erhalten bleibt. Der Antrag wurde angenommen.

Weiter beschloss die Bürgerschaft die Gründung einer gGmbH für ein Medizinisches Versorgungszentrum MVZ, das Klinikum Südstadt. Dem Vorschlag hat der Klinikausschuss schon zugestimmt und freut sich damit auf eine Verbesserung unserer städtischen medizinisches Versorgung.

Genosse Nitzsche erinnerte die anwesenden Bürgerschaftsmitglieder, dass diese MVZ im Grunde Polikliniken sind, welches ein Konzept ist, dass es in der BRD nicht gab. Nitzsche begrüßte die Entscheidung sehr und sehe nur Vorteile bei dem nahtlosen Übergang vom Stationären zum Ambulanten Bereich. Außerdem sei dieses Konzept auch sehr gut für junge Ärzte. Denn sie gehen kein wirtschaftliches Risiko ein, wenn sie in einem MVZ anfangen.

Weiter erklärte er, dass die Kassenärztliche Vereinigung signalisiert hat, dass sie der Gründung auch zustimmen werde. Somit wurde der Beschluss bei nur zwei Enthaltungen angenommen.

Die Bürgerschaft hat an diesem Abend auch einen beschlossenen Prüfauftrag zurückgenommen. Dabei handelte es sich um einen im Januar erstellten Prüfantrag, wie und ob sich ein Umbau der HanseMesse in Schmarl zu einer Multifunktionshalle realisieren lässt. Genosse Bockhahn sprach für die Verwaltung. Die Zentrale Steuerung der Hansestadt argumentiert, dass dieser Antrag nicht weiter nötig sei, da es ausreichend Sitzplätze für Veranstaltungen in Rostock gibt, bzw. geben wird, wenn die OSPA Arena von Rostock an diesem Abend aufgekauft werden wird. Auch erwähnte er, dass die Fiete Reeder Halle derzeit saniert wird und dass die inRostock GmbH die geplanten Spiele des HC Empor und der Rostocker Seawolves in der Stadthalle sichergestellt hat. Auch wurde damals die billigste Variante der MesseHalle beschlossen, was einen Umbau unnötig teuer machen würde. Des Weiteren fügte Bockhahn an, dass die Ostseesparkasse sehr darauf erpicht ist, ihren Neubaukomplex am Hauptbahnhof mit der Kesselborn-Arena fertigzustellen. Somit stehe für eine Versorgung unserer Sportler und Vereine auch ohne Umbau der MesseHalle genug Platz zur Verfügung. Dem Antrag zur Aufhebung wurde zugestimmt.

Im nächsten Antrag ging es um eine Rostocker Mitgliedschaft im Deutschen Forstwirtschaftsrat. Auf eine Nachfrage aus der CDU/UFR-Fraktion, wozu dies gut sei soll und warum man dafür 7.000 € ausgeben solle, antwortete wieder Senator Bockhahn.

Eigentlich können Kommunen gar nicht Mitglied im Deutschen Forstwirtschaftsrat werden, nur Länder, so Bockhahn. Nun ist es in MV aber so, dass nicht allzu viele Kommunen viel Wald besitzen. Rostock aber schon. Und es ist auch so, dass man nur Zugang zu vielen Fördermitteln und Forschungsprogrammen hat, wenn man im Deutschen Forstwirtschaftsrat ist. Daher ist eine Mitgliedschaft äußerst empfehlenswert. Rostock wird sozusagen mit seiner Gebietskörperschaft für Mecklenburg-Vorpommern Mitglied im Rat, das Land und andere Kommunen werden sich Rostock später anschließen.

Auch fügte er an, dass das Stadtforstamt sich diese Mitgliedschaft sehr wünscht, da es auf Austausch und Vernetzung hofft und Fragen über die Zukunft des Rostocker Waldes besser durch Wissensaustausch in ganz Deutschland verbinden kann. Nach der Klärung dieser Fragen wurde der Beschluss angenommen.

Ein weiterer erwähnenswerter Beschluss am Abend ist die Bewerbung zu der Bundesförderung „Sanierung Kommunaler Einrichtungen im Bereich Sport, Jugend und Kultur, mit Schwerpunkt Schwimmbäder“. Derzeit werden zum Beispiel mit diesen Mitteln die Sporthallen in der Kopenhagener Straße in Lütten Klein saniert. Diese sollen nach jetzigem Planungsstand im Oktober 2023 fertig sein. Der Beschluss wurde angenommen.

Zügig kam man am Abend dem Ende der Themen entgegen. So stand noch der Bericht des Oberbürgermeisters auf dem Plan. Da die Senatoren für Umwelt und Bau und der Finanzen nicht anwesend waren, wurde Genosse Bockhahn als 2ter Stellvertretender Bürgermeisters die Ehre zu teil.
Dieser trat an das Mikrofon und fragte, ob die Bürgerschaft damit einverstanden sei. Denn er habe einen Bericht vorbereitet, der sich unter anderem mit Gedenken an die Pogrome in Lichtenhagen, die Vorbereitungen der Wahl zur Oberbürgermeisterin, die Wiederinbetriebnahme des Impfstützpunktes im Warnow Park in Lütten Klein, der kommunalen Bürgerumfrage welche derzeit stattfindet, der Absage des Bürgerfestes „Rostock ist bunt“, der Errichtung des Pendlerportals Rostock, der Anmeldung zukünftiger Erstklässlerinnen über ein Online Anmeldeverfahren, aktuellen Informationen zu den Gemeinschaftsunterkünften Langenort und dem Eintrag in das Ehrenbuch der Stadt durch den Zoodirektor Prof. Dr. Udo Nagel beschäftigt sowie einen Dank an alle Teilnehmer der großen Übung am Rostocker Hauptbahnhof ausspricht.
Und zum Schluss die wichtige Aussage, dass wir in der Stadt guter Hoffnung sind, dass wenn wir nicht anfangen mit Energie zu aasen, diesen Winter gut überstehen und keine Gasmangellage bei den Stadtwerken zu verzeichnen sein wird. Das wären die Berichtspunkte, zu diesen er länger ausführen könnte. In dem Gemurmel der Bürgerschaft wurde klar, dass diese sich über eine schriftliche Zusendung des Berichtes freue.

Am Ende gab es noch eine Informationsvorlage. Diese beinhaltete das Krematorium am Neuen Friedhof, welches für rund 8 Millionen Euro saniert und mit einem Anbau erweitert wird. So soll es in Zukunft möglich sein, neben einer höheren Zahl an Einäscherungen, bei der Einäscherung des Verwandten auf einer Balustrade mit anwesend zu sein.

Damit endete der öffentliche Teil der Sitzung.

*Martin Raspe*

# AKTUELLES AUS DER STADTENTWICKLUNG

Die aktuelle Entwicklung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock ist stark eingebettet in die globalen Probleme wie Ukrainekrieg, steigende Flüchtlingszahlen aber auch in Nachwirkungen der Coronapandemie. Inflation und vor allem steigende Energiepreise sind auch in der Stadtentwicklung nachweisbar.
Ein wichtiger Indikator ist die Bevölkerungs- und wirtschaftliche Entwicklung. Die Zahl der Einwohner mit Hauptwohnsitz ist innerhalb eines Jahres zum 30. Juni 2022 von 209.361 auf 210.231 gestiegen. Analysiert man diese Entwicklung, so hat sich die Zahl der „Nichtdeutschen“ innerhalb eines Jahres von 15.106 Personen auf 17.325 Personen gesteigert. Die Zahl der „Deutschen“ ist innerhalb der Jahresfrist in Rostock 1.349 Einwohner gesunken. Übrigens gibt es 4.139 mehr Frauen als Männer.
Gegenwärtig leben 2.680 Ukrainer*innen, vor allem Kriegsflüchtlinge in Rostock. Die Zahl der Syrer*innen ist geringfügig auf 2.237 Personen gesunken. Die Zahl der Polen*innen ist weiter auf 1.204 angewachsen.
In der Altersstruktur zeichnet sich folgende Entwicklung ab. Die Zahl der „Säuglinge“ (unter 1 Jahr) ist innerhalb eines Jahres von 1.745 auf 1.643 gesunken. Schulpflichtige gibt es mit 15.130 Kindern mehr als im Vorjahr (14.493 Schulpflichtige).Die Zahl der über 65-jährigen steigt seit Jahren kontinuierlich, es leben mit 52.076 Rentnern knapp 200 mehr in Rostock als im Vorjahr.

Die Gewerbeentwicklung ist auch unter den Coronapandemiefolgen zu beurteilen. Die Anzahl der Gewerbe ist von 13.192 auf 13.171 gesunken. Ist die Zahl der verarbeitenden Gewerbe rückläufig, so ist das Gewerbe „Finanz- und Versicherungsdienstleistungen“ von 608 auf 633 stark gestiegen. Im Baugewerbe ist die Anzahl innerhalb der Jahresfrist gleichbleibend. Gelitten hat das Gast- und Beherbergungsgewerbe mit einem Rückgang von 908 Einheiten auf 887 Einrichtungen. Sehr positiv hat sich das „Bauhauptgewerbe“ entwickelt, so stieg der Umsatz innerhalb eine Jahres von 31,6 Mio. Euro auf 44,7 Mio. Euro. Der Umsatz in „Ausbaugewerbe“ ist rückläufig.

Unter dem Aspekt „Inflation“ gibt es in Rostock ebenfalls beunruhigende Informationen. Während der „Gesamtindex“ in der Verbraucherpreisentwicklung ab 2015 bis heute auf 118,5 % gestiegen ist, zeigt sich die Entwicklung per Jahresfrist zum 30.06.2022 „dramatisch“. Die Verbraucherpreise sind insgesamt in einem Jahr um 8,9 % geklettert. Das zeigt sich besonders beim Heizgas mit einem Preisanstieg um 25,1 % und bei Elektroenergie um 31,8 %. Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke verteuerten sich in einem Jahr um 14,8 %, in der Gastronomie und Beherbergungsgewerbe stiegen die Preise um 12,6 %.

Erfreulich ist in Rostock die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Hatten wir vor einem Jahr 8.326 Arbeitslose, so waren es per 30.06.2022 7.186 Arbeitssuchende. Betroffen waren 4.304 Männer und 2.892 Frauen. Die Arbeitslosenquote liegt bei den Männern bei 7,5 % und bei den Frauen bei 5,6 %. Wie sind wohl die Unterschiede in der Arbeitslosigkeit zu begründen?

Die wachsende Einwohnerzahl aktuell als ein „Zeitproblem“ oder eine „Dauerentwicklung“ erfordert erhöhte Anstrengungen im Wohnungsbau. Wurden im Jahr 2021 56 Baugenehmigungen mit 293 Wohneinheiten beantragt, so waren es im I. Halbjahr 2022 31 Bauanträge für 162 Wohnungen. Das sollte nicht ausreichend sein.

*Rainer Penzlin*

# DEMOKRATISCHER SOZIALISMUS

Liebe Genossinnen und Genossen im Bundesausschuss,
auf der nächsten Tagung des Bundesausschusses am 19. und 20. November in Berlin wird auch der Antrag unseres Kreisvorstandes an den Bundesparteitag (L 05) beraten. Da es Probleme bei der Übermittlung der Endfassung des Antrages an den Bundesparteitag gab, hat unser Kreisvorstand am 19. Oktober beschlossen, die Endfassung des Antrages und der Begründung an die Mitglieder des Bundesausschusses über die Landesvorstände zu schicken.
Ergänzend zu der Begründung möchten wir euch ausgehend von aktuellen Entwicklungen in der Partei noch folgendes mitteilen.
Unser Antrag soll sich nicht einreihen in Anträge zu einem neuen Gesprächskreis oder Zusammenschluss. Wir wollen uns als sozialistische Partei auf den Weg begeben. Ein Schritt in diese Richtung sind folgende Aussagen im beschlossenen Leitantrag L 01: „DIE LINKE muss einen Ausweg aus den gesellschaftlichen Krisen weisen und als antikapitalistische Kraft und Alternative auftreten. … Wir kämpfen nicht für eine Spielart der Modernisierung des Bestehenden, sondern für eine Welt jenseits von Kapitalismus, Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg.“
Wenn man aber nach konkreten Vorstellungen für gesellschaftliche Bereiche in einer solche Welt fragt, gibt es in den Dokumenten der Partei und ihr nahestehender Institutionen nur wenige Vorschläge. Es fehlt an konkreten Konzepten für eine Vision einer sozialistischen Gesellschaft im 21. Jahrhundert, die uns als Partei, aber auch Wählerinnen und Wähler begeisternd überzeugt.
Die gegenwärtigen Auseinandersetzungen unserer Partei entzünden sich an aktuellen politischen Problemen, insbesondere im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine. Es doch tragisch, wenn unsere Partei daran zerbricht, was in fünf Jahren nicht mehr aktuell ist. Wir sehen einen Ausweg aus dieser Situation durch die Orientierung auf das gemeinsame Band, das uns zusammenhält, das Wissen vom Ende des Kapitalismus und der Glaube an eine neue, nachkapitalistische Gesellschaftsordnung. Das ist das wesentliche Alleinstellungsmerkmale unserer Partei.
Die Auswertung der Wahlergebnisse in Niedersachsen hat gezeigt, dass eine Partei dann großen Zuspruch erhält, wenn sie als einzige bei einem Thema für kompetent gehalten wird und wenn dieses Thema bei der Wahl dann eine entscheidende Rolle spielt. Für unser Alleinstellungsmerkmal, dem Kampf für eine nachkapitalistische Gesellschaft, spricht, dass bei einer aktuellen Umfrage 54 % aller Befragten, 63 % der Frauen und 71 % der unter 40-jährigen die Meinung vertraten, dass die Linke mehr Sozialismus wagen sollte. Lasst uns damit intensiv beginnen!
Prof. Dr. Hans-Dieter Sill
i. A. des Kreisvorstandes im LK Rostock

**Antrag an den Parteitag 2022 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

1. **Wir sind die Partei des demokratischen Sozialismus und unser Ziel ist eine sozialistische Gesellschaft.** Als einigende Klammer und Alleinstellungsmerkmal intensiviert die Partei die Entwicklung von Konzeptionen für eine künftige sozialistische Gesellschaft sowie von daraus hervorgehenden direkt umsetzbaren Entwicklungspfaden. Damit verbunden ist die Aktivierung von gesellschaftlichen Bewegungen für eine nachkapitalistische Wirtschaftsordnung und eine sozialistische Gesellschaft. DIE LINKE muss dabei alle Kräfte, die für eine Umwälzung des Wirtschaftssystems hin zu einer sozialistischen Gesellschaft kämpfen, sammeln und sich an die Spitze stellen.
2. **Es werden konkrete Zukunftskonzepte für eine sozialistische Gesellschaft entwickelt.** Durch den Parteivorstand werden Projektgruppen zu wesentlichen gesellschaftlichen Bereichen gebildet: zur Friedenspolitik sowie zu Sicherheitsfragen und zur Rüstung, zur Finanzwirtschaft und zu Börsen, zur Ökologie, zur Verwaltung und demokratischen Mitwirkung, zur Wirtschaft, zum Handel, zur Infrastrukturpolitik, zur Landwirtschaft, zur Wissenschaft, zum Gesundheitswesen, zum Rechtswesen, zum Bildungswesen und zu Kunst und Kultur. Querschnittsthemen, die in allen Projektgruppen berücksichtigt werden müssen sind: Ökologie, Inklusion, Gleichstellung und Perspektiven des globalen Südens. In alle Projektgruppen müssen kompetente Aktivist:innen und die BAG's einbezogen werden.
   Weiterhin wird eine Grundsatzgruppe unter Einbeziehung von Wissenschaftler:innen gebildet, die in enger Wechselbeziehung mit allen anderen Projektgruppen die philosophischen und gesellschaftspolitischen Grundlagen für die Systemänderungen erarbeitet. Diese Gruppe hat die Aufgabe, die Ergebnisse der Projektgruppen zu einem Gesamtmodell als Ziel der gesellschaftlichen Veränderungen zusammenzufassen.
   Alle Gruppen haben die Aufgabe, eine kritische Analyse der aktuellen Zustände und der existierenden Vorschläge in dem jeweiligen Bereich vorzunehmen, erhaltenswerte und zu beseitigende Elemente zu bestimmen, Theorien, Modelle und Praktiken für nachkapitalistische Formen und Strukturen in dem Bereich zu entwikkeln.
   Erste Zwischenergebnisse sollen als Orientierungen für Wahlkämpfe bis zum Januar 2024 vorliegen.
3. **Aus den Zukunftskonzepten werden Aktivitäten für aktuelle Aufgaben abgeleitet.** Im Rahmen der Arbeit der Projektgruppen werden neben den konzeptionellen Arbeiten die beteiligten Aktivist:innen bei aktuellen Kämpfen unterstützt.
   Aus den entwickelten Konzepten werden Vorschläge für mögliche Aktivitäten zu partiellen Veränderungen im gegenwärtigen System abgeleitet. Es können Prozesse auf nationaler und internationaler Ebene unterstützt werden, die dann unter den künftigen sozialistischen Bedingungen weitergeführt werden.

**Begründungen:**
Die Partei hat zwei relativ selbstständige,

# TERMINE

| WANN? | WO? | WAS? |
|---|---|---|
| Sa., 3.12., 14.00 Uhr | Peter-Weiss-Haus Doberaner Str. 21 | Ernst Thälmann. Antifaschist - Arbeiterführer - Mensch. Die Widersprüchlichkeit in Thälmanns Persönlichkeit und ihre Widerspiegelung in der Geschichtsschreibung, mit Dr. Marcel Bois aus Hamburg; Veranstaltung der VVN-BdA |
| Do., 8.12., 9.30-11.30 Uhr | Geschäftsstelle HRO | Öffentliche Jahresabschluss-Sitzung der LAG Seniorenpolitik / Senioren AG Rostock |

einander bedingende Grundaufgaben.

1. Nutzung der für sie vorhandenen Möglichkeiten zu Initiierung und Unterstützung von Maßnahmen, insbesondere in Parlamenten, die die Lebensverhältnisse aller hier lebenden Menschen verbessern und zur Verdeutlichung der Grenzen kapitalistischer Wirtschaftsweisen
2. Kritische Analyse der aktuellen gesellschaftlichen Verhältnisse und theoretisch fundierte Konzipierung und Verbreitung von Modellen und Entwicklungspfaden für wesentliche Bereiche einer künftigen nachkapitalistischen Gesellschaft

Der Antrag entspricht dem in der Präambel des Parteiprogramms von 2011 proklamierten Ziels eines demokratischen Sozialismus. Unserer Auffassung nach liegen die hauptsächlichen Gründe für die Wahlniederlagen in den letzten Jahren darin, dass die Partei ihr Profil verloren hat und ihr Alleinstellungsmerkmal, einzige sozialistische Kraft zu sein, verblasst ist. Es fehlt an einer einigenden Klammer für die notwendige Pluralität der Meinungen. Uns eint das gemeinsame Ziel des Kampfes für eine sozialistischen Gesellschaft und die Unbeugsamkeit gegen alle Beharrungskräfte.

Die Notwendigkeit gesellschaftlicher Veränderungen ist so dringend wie nie zuvor. Die weitere Existenz der Menschheit wird durch drei aktuelle Gefahren bedroht, einen atomaren Weltkrieg, eine ökologische Krise und die Auswirkungen eines ungebremsten wirtschaftlichen Wachstums. Während durch einen Atomkrieg große Teile der Menschheit in Sekunden ausgelöscht werden können, führt die multiple ökologische Krise jetzt schon zu einem Sterben auf Raten. Die kapitalistische Reproduktion basiert auf unbezahlter Arbeit und globaler Ausbeutung, ihr systemimmanentes Expansionsstreben ist an seine Grenzen gekommen. Es ist wissenschaftlich und historisch erwiesen, dass für alle drei Bedrohungen ursächlich das globale finanzkapitalistische Wirtschaftssystem verantwortlich ist. Eine grundlegende Umwälzung dieses Wirtschaftssystems ist deshalb eine aktuelle welthistorische Aufgabe, an der sich weltweit alle sozialistischen Parteien führend beteiligen sollten.

Das Ziel der Umwälzung ist eine Welt, in der sozialistische Merkmale dominieren,

- eine Welt, in der es keine Atomwaffen, keine Waffenindustrie, keine Börsen und keine kapitalistischen Großkonzerne gibt;
- eine Welt, in der die Billionen für Rüstung den Organen der UNO für die Bewältigung der von ihr beschlossenen 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (SDGs) zur Verfügung gestellt werden;
- eine Welt mit einer nachhaltigen Wirtschaft, mit starken Genossenschaften und mittelständischen Unternehmen, mit erweiterten demokratischen Grundrechten und mit einem ausgebauten System der demokratischen Mitwirkung in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Die Strategie unserer Partei, dieses Ziel mittels eines Politikwechsels auf bundespolitischer Ebene durch eine Transformation von oben zu erreichen, ist gescheitert. Es müssen alle vorhandenen Konzepte und Ideen für diese gesellschaftlichen Veränderungen aufgearbeitet, zusammengefasst, ergänzt und popularisiert werden. Mit seinem Buch „Die Utopie des Sozialismus“, Berlin 2021, hat Klaus Dörre dazu einen bedeutsamen Schritt getan, der Fundament für weitere Arbeiten sein kann.

Die bisher vom Institut für Gesellschaftsanalyse der RLS entwickelten Konzepte, die der Parteiarbeit und insbesondere dem Bundestagswahlkampf zugrunde lagen, haben sich nicht bewährt. Es ist eine theoretische Neuorientierung erforderlich.

Potenziale für den Kampf für eine sozialistische Gesellschaft liegen in den 40 % der 16 bis 29-jährigen, die im Januar diesen Jahres bei einer repräsentativen Befragung der Meinung waren, dass der Kapitalismus nicht das bestmögliche Wirtschaftssystem ist, sowie bei den Massen mit der Gesellschaft unzufriedener Arbeiter:innen.


## IMPRESSUM

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock
Kröpeliner Straße 24
18055 Rostock
Telefon: 0381-4920010
Telefax: 0381-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock, Geschäftsstelle Güstrow, Domstraße 5, 18273 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: landkreis-rostock@die-linke-mv.de
Internet: www.die-linke-landkreis-rostock.de

Redaktion: Peter Hörnig, Dr. Carsten Penzlin
Layout: Carsten Penzlin
E-Mail: redaktion.klartext@web.de

Spendenkonten der LINKEN:
Landkreis Rostock:
IBAN: DE31 2003 0000 0028 6067 07
BIC: HYVEDEMM300
Hypo-Vereinsbank
Rostock:
IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84
BIC: NOLADE21ROS
OSPA Rostock
Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor.

Abonnement: 2,50 € pro Ausgabe
(Spende + Versandkosten)


## LYRIK

**Fachkräftemangel**
(von Jürgen Riedel)

am folgenschwersten in der Politik
Begriff Spitzenpolitik:
oft eine Mogelpackung
nach oben gewählte Dilettanten
gefährden
Ansehen der Qualitätsstaatsform Demokratie

**Der doppelte Philister**
(von Jürgen Riedel)

Doppelmoral
des Privatspießers
des Politspießers
in gesinnungsverstaubten Parteien

**Dummheit der Ökoaktivisten**
(von Jürgen Riedel)

Sie wollen im Kapitalismus
trotz seiner Profit-vor-Klimaschutz-Fratze
klimafreundliche Gesichtszüge Deutschlands
schaffen

# AKTUELLES

Im September nahm die Rostocker LINKE an der Gedenkstunde zum internationalen Tag des Friedens auf dem Jakobikirchplatz teil. Wir als LINKE stehen für eine friedliche Außenpolitik. Konflikte um Einfluss, Bodenschätze und Absatzmärkte nehmen in der Welt zu. Die Bundesregierung rüstet auf. „Abschreckung“ führt aber nicht zu Frieden und Sicherheit, sondern zu einer Welt des Schreckens: Krieg, Elend und Flucht. DIE LINKE will den Nachschub unterbrechen: Jede Waffe findet ihren Krieg. Wir wollen Waffenexporte verbieten. Die Bundesregierung hat die Ausgaben für Rüstung in den vergangenen Jahren andauernd erhöht. Dieses Geld fehlt für Schulen, Krankenhäuser und den öffentlichen Nahverkehr. DIE LINKE setzt auf Entspannungspolitik, auf gerechte Weltwirtschaftsstrukturen und zivile Konfliktlösungen.

## Solidarischer Herbst

Auch DIE LINKE setzte am 22. Oktober in Rostock ein Zeichen für Solidarität und gerechte Lastenverteilung! Am Rande des Mitgliederforums mit dem Landesvorstand in Rostock Lütten Klein sprachen wir uns zusammen mit unserem Bundesgeschäftsführer Tobias Bank u.a. für eine Übergewinnsteuer und Entlastungen bei Energie- und Lebensmittelpreisen aus.
Das Forum bot eine Möglichkeit zur offenen Diskussion um die aktuellen politischen Ereignisse.

## Mutmaßlich rechten Brandanschlag schnellstmöglich aufklären

*Zu dem mutmaßlichen Brandanschlag auf eine Unterkunft für Geflüchtete aus der Ukraine im Landkreis Nordwestmecklenburg erklären der innenpolitische Sprecher der Linksfraktion,* **Michael Noetzel**, *und die migrationspolitische Sprecherin der Linksfraktion,* **Steffi Pulz-Debler**:

**Noetzel**: „Die Hintergründe des verheerenden Brandes müssen dringend und schnellstmöglich aufgeklärt werden. Es muss von einem versuchten Mord ausgegangen werden, in dem Gebäude befanden sich Menschen, die sich glücklicherweise retten konnten. Der Dank gilt allen, die sich beherzt für die Rettung der Menschen eingesetzt haben.

Wir erwarten, dass die Ermittlungen auch gezielt in der rechten Szene geführt werden, da ein rassistischer Hintergrund als wahrscheinlich gilt. Der Staatsschutz sieht bereits einen möglichen Zusammenhang mit der Hakenkreuz-Schmiererei auf dem Eingangsschild der Unterkunft vor wenigen Tagen. Und es ist bekannt, dass in Wismar und dem Landkreis Nordwestmecklenburg eine ausgeprägte Neonazi-Szene verankert ist. Die Dorfgemeinschaft Jamel und das faschistische Zentrum Thinghaus in Grevesmühlen sind nicht nur Leuchttürme einer bundesweit und international vernetzten Szene, sie sind auch lediglich die Spitze eines tiefbraunen Eisberges.“

**Pulz-Debler**: „Bereits 2016 hetzte die Szene unter MVGIDA in Wismar gegen Geflüchtete. Es ist unerträglich, dass Menschen, die vor Krieg und Terror flüchten müssen, bei uns erneut in Angst und Schrecken versetzt werden und um ihr Leben fürchten müssen. Alle Demokratinnen und Demokraten müssen sich dem rechten Terror deutlich entgegenstellen. Es darf nicht erneut ein gesellschaftliches Klima entstehen, in dem rechtsextreme Exzesse und Angriffe auf Menschen zur Normalität werden.“

## Up un Dal

**Gewinner:** Energiekonzerne. Dass eine Übergewinnsteuer kommt, ist so unwahrscheinlich wie die Umsetzung einer Vermögensteuer.
**Verlierer:** Die britische Premierministerin Liz Truss trat nach nur sechs Wochen im Amt zurück.

## MONATSZAHL

777 Millionen Euro soll der Neubau des Bundeskanzleramtes (schon jetzt größte Regierungszentrale der Welt) kosten: Es passt nicht in diese Zeit, dass die Ampel, die überall zum Sparen auffordert, für sich selbst so viel Geld ausgibt. Belassen Sie die Beamten in den jetzigen Liegenschaften!

## MONATSZITAT

„Die Deutsche Post gehört in öffentliche Hand. Der Bund sollte zumindest wieder Mehrheitseigentümer der Post werden, um den Unternehmenskurs bestimmen zu können. Konzerngewinne und Kundenservice klaffen immer weiter auseinander.“ Dietmar Bartsch

## LYRIK

**Irrtum** (von Janina Niemann-Rich)

ich sehe Frühling
spüre Herbst
gestrandet am Ufer der Zeit

**Kahlschlag** (von Janina Niemann-Rich)

Novemberwind beraubt
hohen Stolz der Bäume

**Weit** (von Janina Niemann-Rich)

Jahreszeitenwandel
Nebelschauer
bunt gefärbt

**Asoziale Geldgier** (von Jürgen Riedel)

Äußere Verwahrlosung der Obdachlosen
ist leicht abwaschbar
Schlimm wie seelischer Dreck:
Innere Verwahrlosung der Superreichen